

Eing. 2. u. Dez. 2011

Beilage:

1.0-1

GUA 15.12.2011

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

Umweltreferat	
13. DEZ. 2011	
Nr.	954
	z.w.V.
	z. Stellungnahme
	z. Vorlage der Antwort
	Bitte Rücksprache

OBERBÜRGERMEISTER	
14. DEZ. 2011	
III	zur Stellungnahme
ur. ts.	4 Antwort vor
2	sandlung vorliegen
z.w.V.	5 Antwort zur Unter-
	schrift vorliegen

Nürnberg, 13. Dezember 2011
Limbacher/st

Fax vachy

Gesundheitsausschuss am 15.12.2011 TOP 1: Ärztliche Versorgung in den Stadtteilen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der fortgeschriebenen Bestandsaufnahme zu Migration und Gesundheit wird das Ziel verfolgt, eine bessere gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen. Die Gesundheitsförderung wird dabei als eine Aufgabe herausgestellt, die einen integrierten sozialraumorientierten Ansatz erfordert. Der Integrationsrat begrüßt in seiner Stellungnahme ebenfalls eine nachhaltige Gesundheitsförderung auf Stadtteilebene. Um eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung zu erreichen, hat der Bundesgesetzgeber das GKV-Versorgungsstrukturgesetz erlassen. Gleichwohl steht einem Ärztemangel in ländlichen Gebieten und armen Stadtteilen nach wie vor häufig eine Überversorgung in wohlhabenden urbanen Zentren gegenüber. Beobachtungen in anderen Städten zeigen, dass die Bereitschaft, sich in ärmeren Stadtteilen als Arzt niederzulassen, stark abnimmt. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Für die SPD ist eine gleiche medizinische Versorgung für Alle eine Pflichtaufgabe.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt deshalb in Ergänzung zum vorliegenden Bericht folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung legt bis zum nächsten Gesundheitsausschuss einen Bericht zur Versorgung mit Haus- und Kinderärzten in den Nürnberger Stadtteilen vor. Dabei beurteilt sie die hausärztliche Versorgung (exklusive Kinderärzte) in den Stadtteilen und bewertet die Wirksamkeit des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes.
2. Die Verwaltung legt dar, welche Konzepte von der Stadt in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und der KV verfolgt werden, um in allen Stadtteilen eine ausreichende ärztliche Versorgung zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen


Christian Vogel
Fraktionsvorsitzender